

## **Grundsätze für das Finanz- und Rechnungswesen der DGUV (Buchungs- und Rechnungslegungsgrundsätze)**

### **Präambel:**

Der Verein Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung e. V. (DGUV) ist gegenüber seinen Mitgliedern und der Finanzverwaltung verpflichtet Rechenschaft abzulegen.

Zu diesem Zweck hat der Verein eine geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben vorzunehmen und ein Verzeichnis der Vermögensgegenstände und der Schulden zu führen.

Dabei beachtet der Verein folgende Grundsätze.

### **I. Grundsätze für die Buchführung**

1. Es ist nach dem System der doppelten Buchführung zu buchen.
2. Es gelten für die Buchführung die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung (GOB).
3. Alle Buchungen müssen belegt sein. Eine nochmalige Verwendung von Belegen ist auszuschließen.
4. Alle Buchungen und sonstigen Aufzeichnungen sind richtig, zeitgerecht, vollständig, geordnet und für einen sachverständigen Dritten nachvollziehbar vorzunehmen. Sie müssen sich in Entstehung und Abwicklung verfolgen lassen.
5. Alle Buchungen sind in zeitlicher Reihenfolge (Zeitbuch/Journal) und in sachlicher Ordnung (Sachbuch/Konten/Kostenstellen ggf. Kostenträger) entsprechend der Gliederung im Kontenplan vorzunehmen.
6. Es wird grundsätzlich der Zahlbetrag gebucht, d. h. Rabatte und Skonti werden saldiert. Alle anderen Beträge sind brutto zu buchen (Saldierungsverbot).
7. Es gelten jeweils die vom Vorstand zur Sicherung der Kassen- und Buchhaltungsgeschäfte zuletzt erlassenen Vorschriften für das Finanz- und Rechnungswesen.

### **II. Grundsätze für die Erstellung der Jahresrechnung**

#### **1. Form und Inhalt der Jahresrechnung**

- 1 a) Für den Schluss eines Geschäftsjahres ist innerhalb der einem ordnungsmäßigen Geschäftsgang entsprechenden Zeit eine Jahresrechnung aufzustellen. Sie besteht aus der Vermögens- und der Umlagerechnung.  
Die Vermögensrechnung ist die Aufstellung des Vermögens und der Schulden zum Bilanzstichtag nach Maßgabe dieser Grundsätze.  
Die Umlagerechnung ist die Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Geschäftsjahres nach Maßgabe dieser Grundsätze.
- 1 b) Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 1 c) Die Jahresrechnung ist in deutscher Sprache und in Euro aufzustellen und vom Hauptgeschäftsführer und den Vorsitzenden des Vorstandes mit Angabe des Datums zu unterschreiben.

- 1 d) Die Jahresrechnung ist hinreichend zu gliedern. Die Form der Darstellung und die auf den vorhergehenden Jahresabschluss angewandten Bewertungsmethoden sind grundsätzlich beizubehalten.
- 1 e) Posten der Aktivseite dürfen nicht mit Posten der Passivseite, innerhalb der Umlagerechnung Ausgaben nicht mit Einnahmen n, Grundstücksrechte nicht mit Grundstückslasten verrechnet werden. Übersteigt der beizulegende Zeitwert der Vermögensgegenstände den Betrag der Schulden, ist der übersteigende Betrag unter einem gesonderten Posten zu aktivieren.

## **2. Inhalt der Vermögensrechnung**

- (1) In der Vermögensrechnung sind das Anlage- und das Umlaufvermögen, das Anlagekapital, die Rücklagen, die Schulden sowie die Rechnungsabgrenzungsposten gesondert auszuweisen und hinreichend aufzugliedern.
- (2) Beim Anlagevermögen sind nur die Gegenstände auszuweisen, die bestimmt sind, dauernd dem Geschäftsbetrieb zu dienen.

## **3. Anlagevermögen**

- (1) Geldanlagen, Beteiligungen, Grundstücke, Gebäude, technische Anlagen sowie Gegenstände der beweglichen Einrichtung, die ohne Umsatzsteuer den Wert von 410 Euro übersteigen, sind gemäß Ziffer 3 mit den Anschaffungs- oder Herstellungskosten zu aktivieren.
- (1a) Abweichend von Absatz 1 kann für Gegenstände der beweglichen Einrichtung, deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten ohne Umsatzsteuer den Wert von 150 Euro, aber nicht 1.000 Euro übersteigen, im Jahr der Anschaffung ein Sammelposten gebildet werden. Satz 1 ist für alle in einem Geschäftsjahr angeschafften Gegenstände der beweglichen Einrichtung einheitlich anzuwenden. Ein einmal gewähltes Verfahren muss in den folgenden Geschäftsjahren beibehalten werden. Das Verfahren kann nur mit Genehmigung des Vorstandes geändert werden.
- (2) Nachträgliche Anschaffungs- oder Herstellungskosten von Gebäuden, technischen Anlagen sowie von Gegenständen der beweglichen Einrichtung sind, wenn sie zu einer erheblichen Werterhöhung führen, gemäß Ziffer 3 zu aktivieren.
- (2a) Selbst erstellte und selbst genutzte Software kann gemäß Ziffer 3 mit den Herstellungskosten aktiviert werden.
- (3) Gebäude, technische Anlagen, Herstellungskosten für selbst erstellte und selbst genutzte Software sowie Gegenstände der beweglichen Einrichtung sind gemäß Ziffer 3 jährlich linear abzuschreiben.
- (4) Wird der Wert von Grundstücken, Gebäuden, technischen Anlagen, aktivierten Herstellungskosten für selbst erstellte und selbst genutzte Software sowie von Gegenständen der beweglichen Einrichtung dauerhaft erheblich gemindert, so ist eine außerplanmäßige Abschreibung gemäß Ziffer 3 vorzunehmen.
- (5) Technische Anlagen im Sinne der Absätze 1 bis 4 sind alle im Bauwerk eingebauten, daran angeschlossenen oder damit fest verbundenen technischen Anlagen oder Anlagenteile. Hierzu zählen auch technische Anlagen auf dem Grundstück einschließlich der Ver- und Entsorgung des Bauwerks.
- (6) Die Abschreibungen erfolgen umlageneutral zu Lasten des Anlagekapitals (Eigenkapital).  
Reicht das jährlich gebildete Anlagekapital nicht zur Deckung der Abschreibungsbeiträge aus, wird für die darüber hinaus gehenden Beträge ein Ausgleichsposten gebildet, der nach vollständiger Abschreibung des Anlagegutes entsprechend der Resttilgungsdauer aufgelöst wird.

- (7) Gewinne oder Verluste aus Preis- und Kursänderungen sind erst beim Verkauf als außerordentlicher Aufwand oder Ertrag in Ansatz zu bringen.

#### 4. Bewertung

- (1) Anschaffungskosten gemäß Ziffer 2 sind die Aufwendungen, die geleistet werden, um einen Vermögensgegenstand zu erwerben und ihn in einen betriebsbereiten Zustand zu versetzen. Zu den Anschaffungskosten gehören auch die Nebenkosten sowie im Falle von Gebäuden, technischen Anlagen und Gegenständen der beweglichen Einrichtung die nachträglichen Anschaffungskosten, wenn sie zu einer erheblichen Werterhöhung führen. Die beim Erwerb von Wertpapieren anfallenden Stückzinsen sind keine Anschaffungskosten, sondern Mindereinnahmen bei den Erträgen aus Zinsen.
- (2) Herstellungskosten gemäß Ziffer 2 sind die Aufwendungen, die durch den Verbrauch von Gütern und die Inanspruchnahme von Diensten für die Herstellung und Erweiterung eines Vermögensgegenstandes entstehen. Zu den Herstellungskosten gehören auch die Aufwendungen, die zu einer über den ursprünglichen Zustand hinausgehenden wesentlichen Verbesserung und damit einhergehenden erheblichen Werterhöhung von Gebäuden, technischen Anlagen und Gegenständen der beweglichen Einrichtung führen.
- (3) Eine erhebliche Werterhöhung gemäß Ziffer 2 ist bei Grundstücken und Gebäuden gegeben, wenn die Kosten der Maßnahme über dem in [§ 85 Abs. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch](#) genannten und nach dem Baukostenindex fortgeschriebenen oberen Wert liegen. Liegen die Kosten der Maßnahme unter dem in [§ 85 Abs. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch](#) genannten und nach dem Baukostenindex fortgeschriebenen unteren Wert, so sind sie unerheblich. Liegen die Kosten der Maßnahme zwischen den in den Sätzen 1 und 2 genannten Grenzwerten, liegt eine erhebliche Werterhöhung dann vor, wenn die Kosten der Maßnahme 0,5 vom Hundert der mit dem Baukostenindex fortgeschriebenen Anschaffungs- oder Herstellungskosten der Grundstückseinheit übersteigen.
- (4) Eine erhebliche Werterhöhung gemäß Ziffer 2 von technischen Anlagen sowie von Gegenständen der beweglichen Einrichtung ist nur anzunehmen, wenn durch die Maßnahme eine über den ursprünglichen Zustand hinausgehende wesentliche Verbesserung der Verwendungs- und Nutzungsmöglichkeit erreicht wird.
- (5) Eine erhebliche und dauerhafte Wertminderung [gemäß Ziffer 2](#) ist bei Grundstücken und Gebäuden insbesondere dann anzunehmen, wenn der in Absatz 3 genannte obere Grenzwert für eine Maßnahme zur Beseitigung der Wertminderung überschritten würde. Eine erhebliche Wertminderung ist bei technischen Anlagen sowie bei Gegenständen der beweglichen Einrichtung gemäß [Ziffer 2](#) dauerhaft gegeben, wenn eine erhebliche dauerhafte Verschlechterung der Verwendungs- und Nutzungsmöglichkeit anzunehmen ist.
- (6) Abschreibungen gemäß Ziffer 2 sind von den Anschaffungs- oder Herstellungskosten einschließlich erheblicher Werterhöhungen mindestens einmal jährlich zu berechnen. Der Sammelposten gemäß Ziffer 2 ist im Jahr der Bildung und in den folgenden vier (Geschäfts-)Jahren mit jeweils einem Fünftel aufzulösen. Der Wert des Sammelpostens wird durch Veräußerungen, durch Entnahmen oder Wertminderungen nicht beeinflusst.
- (7) Abschreibungen für Gebäude sind auch im Jahr der Anschaffung beziehungsweise Fertigstellung und im Jahr der Veräußerung entsprechend der Nutzungsdauer zu berechnen.
- (8) Abschreibungen für technische Anlagen sowie für Gegenstände der beweglichen Einrichtung, für die kein Sammelposten zu bilden ist, sind auch im Jahr der Anschaffung beziehungsweise Inbetriebnahme und im Jahr der Veräußerung entsprechend der Nutzungsdauer zu berechnen.

- (9) Außerplanmäßige Abschreibungen sind bei einer dauerhaften erheblichen Wertminderung vorzunehmen.

## **5. Forderungen und Verbindlichkeiten**

- (1) Forderungen und Verbindlichkeiten sind am Jahresende vollständig zu erfassen.
- (2) Verbindlichkeiten sind mit ihrem Erfüllungsbetrag zu passivieren.
- (3) Darlehen der Mitglieder sind zu passivieren.
- (4) Noch nicht abgerechnete Umlageforderungen werden unter Abzug von Vorschüssen aktiviert.

## **6. Rückstellungen und Rechnungsabgrenzungen**

- (1) Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Bestellungen und ungewisse Verbindlichkeiten, werden grundsätzlich nicht gebildet. Die erforderlichen Ausgaben belasten im Jahr ihres Entstehens die Umlagerechnung. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Vorstandes.
- (2) Künftige Pensionszahlungen - soweit sie nicht über Dritte (z. B. Versorgungskasse) abgesichert - werden mit ihrem jeweiligen Teilwert passiviert. Zum Bilanzausgleich werden Ausgleichsansprüche gegenüber den Mitgliedern aktiviert.
- (3) Werden Pensionszahlungen über Dritte abgesichert, ist der entsprechende Ausgleichsanspruch auf der Aktivseite als Forderung auszuweisen.
- (4) Rechnungsabgrenzungen werden nur für Auszahlungen oder Einzahlungen gebildet, die in voller Höhe ein Rechnungsjahr betreffen

## **7. Vorschriften zur Umlagerechnung**

- 1) Der primäre Zweck der Umlagerechnung ist die Dokumentation der Haushaltsrechnung des jeweiligen Haushaltsjahres und die Ermittlung des Umlagesolls. Die Umlagerechnung basiert auf dem Zu- und Abflussprinzip (Kassenwirksamkeitsprinzip).
- 2) Gewinne oder Verluste aus Preis- und Kursänderungen sind erst beim Verkauf als außerordentlicher Aufwand oder Ertrag in Ansatz zu bringen. Maßgeblicher Umrechnungskurs für die Fremdwährungsbewertung ist der von der deutschen Bundesbank veröffentlichte Devisenkassamittelkurs (Tageskurs).

## **8. Weitere anzuwendende Rechnungslegungsvorschriften**

Sofern sich aus gesetzlichen Vorschriften abweichende Ansatz und Bewertungsvorschriften ergeben (Beispielsweise handelsrechtliche Buchführungspflicht, steuerliche Ergebnisermittlung, Mittelverwendungsrechnung etc.) sind in Erfüllung der gesetzlichen Vorgaben und in Abweichung zu den vorstehenden Grundsätzen die einzelgesetzlichen Ansatz- und Bewertungsregelungen anzuwenden. Sofern zur Umsetzung eine Überleitung aus der vereinsrechtlichen Vermögens- und Jahresrechnung nicht möglich ist, sind für jeden Bereich separate Bücher zu führen.

## **III. Inkrafttreten**

Diese Grundsätze treten rückwirkend zum 01. Januar 2018 in Kraft und ersetzen die bisher gültigen Fassungen. Die Ziffern 3 und 4 gelten für technische Anlagen und bewegliche Einrichtungsgegenstände, die nach dem 1.4.2018 beschafft werden.